

DR. KARSTEN DÜMMEL

www.kas.de

Die senegalesische Demokratie steht auf dem Prüfstand. Das Land steckt in der Krise.

Die sozialen Konflikte in der Gesellschaft spitzen sich immer weiter zu. Die Lebensbedingungen werden härter. Die weltweit steigenden Lebensmittel- und Rohstoffpreise nehmen in Senegal wie in den anderen afrikanischen Ländern existentielle Ausmaße an. Transportkosten und Energiepreise wachsen ohne Unterlass. Die Benzinpreise haben sich seit 2004 fast verdreifacht. Seit Wochen andauernde Stromausfälle lassen befürchten, dass die Rechnungen der Rohöllieferanten - wie schon in den Vorjahren - vom Staat nicht bezahlt worden sind und dass der „zeitlich befristete Engpass“ nicht auf „technischen Fehler“, sondern auf Geld- bzw. Ölmenge zurückzuführen ist. Der Internationale Währungsfonds warnte den senegalesischen Staat öffentlich vor einer drohenden Zahlungsknappheit. Berichte von Hungerrevolten in der Landbevölkerung erreichen immer häufiger die Hauptstadt. Ein landesweiter Lehrerstreik hat zudem seit Beginn des Schuljahres dazu geführt, dass die Grundschüler der staatlichen Schulen 2007/08 fast keinen Unterricht erhalten haben. Dazu kommen die seit mehreren Jahren zyklisch wiederkehrenden, gewaltsamen Studentenstreiks an allen Universitäten des Landes und die Arbeitsniederlegungen in einigen Teilen der freien Wirtschaft. Und selbst der Rebellenkonflikt in der Casamance lebt seit Dezember 2007 in ungeahnter Härte wieder auf und bedroht den zerbrechlichen Frieden in der südlichen Region.

gegründet, das derzeit die politischen Gemüter im Land erregt. Bekannte Persönlichkeiten, Mitglieder der außerparlamentarischen Opposition und zahlreiche Verantwortliche der Zivilgesellschaft sind diesem Reflexionskomitee beigetreten. Die Gründungssitzung war ein durchschlagender Erfolg: mehr als 3000 Menschen drängten sich im Hotel Méridien Président, um die Personen zu hören, die sich der Lösung der Probleme der Nation verschrieben haben – und mit ihrem Programm implizit die Handlungsfähigkeit der Regierung in Frage stellen. Das Reflexionskomitee, bestehend aus Vorstand und fachbezogenen Ausschüssen, will sich der aktuellen Probleme des Landes annehmen und durch landesweite Bevölkerungsumfragen sondieren, welche Themen die zentralen sind. Später sollen Expertenausschüsse zu den Referaten: Wirtschaft und Finanzen Industrie, Investitionen, Fischerei, Landwirtschaft; Energiekrise und alternative Energien; Schul- und Universitätskrise; Nahrungsmittelkrise; Infrastrukturen; Landflucht und Überbevölkerung der Städte, Arbeitslosigkeit, Emigration usw. gegründet werden und in Strategiepapieren Lösungsvorschläge erarbeiten. Von den Organisatoren war zunächst vorgesehen, dass die Ministerien ebenfalls Experten in die Ausschüsse entsenden können, um in dem gesamten Lösungsprozess involviert zu sein und letztlich für die Umsetzung der erarbeiteten Vorschläge zu sorgen. Diese idealtypische und nach afrikanischem Konsensmodell gedachte Strategie wurde jedoch von der Regierung als Komplottversuch, mindestens aber als Affront gewertet. Während die Regierung nicht müde wird, das Komitee als „langen Arm der radikalen Opposition“ zu bezeichnen und ihnen „Umsturzpläne und die Gefährdung der inneren Sicherheit“ vor-

zuwerfen, handelt es sich in der Realität doch vor allem zunächst um ein Forum von zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren, die nationale Probleme politisch zu lösen versuchen.

Amadou Mbow, der frühere Generaldirektor der UNESCO, steht dem nationalen Reflexionskomitee vor. Mbow wurde von den Initiatoren des Reflexionskomitees für den Vorsitz ausgewählt und zögerte eine Weile, bevor er dieses Amt übernahm. Die Tatsache, dass er zu Zeiten der sozialistischen Regierung Ministerämter ausgeübt hatte, dient nun der Regierung als Vorwand, Mbow in das Oppositionslager zu stellen, in die Reihe derer, die als Urheber der Initiative für das nationale Reflexionskomitee gelten. Regierungsmitglieder und selbst der Staatspräsident scheuten sich nicht, öffentlich mit „Konsequenzen“ zu drohen. Dabei ließen sie weder hochrangige Mitglieder der Zivilgesellschaft noch das diplomatische Corps aus. Sämtliche europäische Botschaften wurden vom senegalesischen Außenministerium aufgefordert, der Gründungsveranstaltung fern zu bleiben.

Die Motive zur Gründung des Komitees wurzeln unter anderem in dem tiefen Unbehagen und dem Vertrauensverlust der senegalesischen Bevölkerung in ihre gewählten Vertreter. Die Nationalversammlung besteht fast komplett aus Mitgliedern der Regierungskoalition, die Senatoren wurden annähernd vollzählig vom Staatspräsidenten ernannt oder von ihm nahestehenden Instanzen gewählt. Gesetzesverabschiedungen sind reine Formsache, Beschlüsse werden einstimmig getroffen. Die Mehrheit der Bevölkerung hat seit langem den Eindruck, dass die senegalesische Demokratie zu reiner Makulatur geworden ist. Von der Präsidialdemokratie zur Präsidialautokratie. Nicht nur die Oppositionsparteien, auch zahlreiche Akteure der Zivilgesellschaft beklagen eine tiefe Legitimitätskrise der gewählten Vertreter.

Allerdings liegt die Verantwortung für diese Krise teilweise auch bei den Parteien der „radikalen Opposition“ (PS und andere sozialistische bzw. marxistische u. a. Parteien). Seit diese Parteien, die vorher immerhin ca.

30 % der Parlamentarier ausmachten, auf Grund ihres Wahlboykottes bei der letzten Parlamentswahl nicht mehr in der Nationalversammlung vertreten sind, haben sie ihre Aktionen auf Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen verlagert. Die Regierung bezichtigt sie deshalb, die soziale Lage destabilisieren zu wollen.

Neben dem ehemaligen UNESCO Generaldirektor finden sich Persönlichkeiten wie der ehemalige Premierminister Loum (parteilos), Verantwortliche aller großen zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie der Bauernvereinigungen, die Leiter zahlreicher Unternehmerverbände und Gewerkschaften, die Vorsitzenden sämtlicher Oppositionsparteien, zahlreiche Universitätsprofessoren und Juristen und zwei Generalstabsvorsitzende im Ruhestand, die Generäle Seck und Keita wieder, von denen einer mehrere Jahre Botschafter in Deutschland war.

Als das tatsächliche Ausmaß der Befürworter des Komitees öffentlich bekannt wurde, kam es über mehrere Tage zu verbalen Ausschreitungen von Ministern und vom Staatschef Wade. Kurze Zeit später wurden mehreren Initiatoren des Komitees der Strom komplett abgeklemmt (u. a. auch des Vorsitzenden Amadou M. Mbow). Nachdem in der Presse und vor allem über mehrere Radiosender die Nachricht verbreitet und entrüstet über diese mutmaßliche Einschüchterungsaktion der Regierung berichtet worden war, wurden die Zähler montiert und der Strom wieder zugeschaltet. Der Energieminister persönlich erklärte öffentlich, es habe sich bei den Stromabschaltungen und der Demontage von Zählern um Zufälle gehandelt, die nicht mit den Gründungsmitgliedern des Komitees in Zusammenhang zu bringen seien. Gleichzeitig häuften sich Berichte von Repressionen gegen namhafte Teilnehmer des Komitees. Anträge werden nicht bearbeitet. Termine werden ohne Begründung abgesagt. Vereinbarte Treffen annulliert oder verschoben. Nicht vergessen sind auch die Verhaftungen von senegalesischen Menschenrechtsvertretern 2007 und des Oppositionspolitikers Idrissa Seck im Jahr 2005.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SENEGAL

DR. KARSTEN DÜMMEL

Juni 2008

www.kas.de

Die Drohungen des senegalesischen Staates wiederum hatten dennoch teilweise Erfolg. Von den diplomatischen Vertretungen, die alle formal eingeladen worden waren, kamen nur wenige (beispielsweise die Botschaften Frankreichs, Deutschlands, der Niederlande); die afrikanischen und asiatischen Länder blieben fast alle der Veranstaltung fern.

Die Regierung fühlt sich durch das Komitee in die Enge getrieben. Sie könnte letztlich zu repressiven Mitteln greifen, um die mittlerweile auf breiter Basis fußende Bewegung zu unterbinden und um sie zur Selbstaflösung zu bewegen. Da die Initiatoren des Komitees jedoch entschlossen sind, sich nicht einschüchtern oder drohen zu lassen, sind in naher Zukunft soziale Unruhen zu mutmaßen.